

BUND Schleswig-Holstein, Lorentzendam 16, 24103 Kiel

Vorab per E-Mail
Dr. Robert Habeck
Minister für Energiewende, Landwirtschaft,
Umwelt und ländliche Räume
Mercatorstraße 3
24106 Kiel

Landesverband
Schleswig-Holstein e.V.

Fon 0431 66060-0
Fax 0431 66060-33

bund-sh@bund-sh.de
www.bund-sh.de

Dr. Claudia Bielfeldt
Landesvorsitzende

claudia.bielfeldt
@bund-sh.de
Fon 0431 66060-0

● Offener Brief zu Glyphosat

7. April 2016

Sehr geehrter Minister Dr. Habeck,

in Ihrer Verantwortung liegt es, Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt davon zu überzeugen, in Brüssel gegen eine Wiedezulassung von Glyphosat zu stimmen. Wir erwarten von Ihnen auf der kommenden Agrarministerkonferenz ein klares Bekenntnis gegen Glyphosat.

Am 7. und 8. März 2016 hat die EU-Kommission für ihre Genehmigungsvorlage zu Glyphosat keine Mehrheit erhalten, zu viele Mitgliedstaaten waren zu skeptisch. Auch Deutschland hat sich bei der Probeabstimmung enthalten. Voraussichtlich steht Glyphosat am 18. und 19. Mai erneut auf der Agenda. Die EU-Kommission hatte den Mitgliedstaaten zuvor die Möglichkeit gegeben, Änderungsvorschläge einzureichen. Aber Bundeslandwirtschaftsminister Schmidt schweigt hartnäckig, obwohl ihn fast 30.000 BürgerInnen in einer E-Mail-Aktion darum gebeten hatten, die deutsche Position offen zu legen.

Dabei ist Glyphosat so umstritten wie nie zuvor:

- **Der Krebsverdacht ist nicht ausgeräumt!** Die Krebsagentur der Weltgesundheitsorganisation hat Glyphosat als "wahrscheinlich krebserregend" (2A) für den Menschen eingestuft. "2A" ist die zweithöchste Gefahrengruppe. Seit Langem steht Glyphosat im Verdacht, Krebs auszulösen. Die Bewertung der EFSA ist allerdings eine andere. Sie sagt von Glyphosat gehe kein Krebsverdacht aus.
- **Glyphosat hat möglicherweise endokrine, also hormonell wirksame Eigenschaften!** Aus der Genehmigungsvorlage der EU-Kommission geht hervor, dass die Glyphosat-Hersteller keine ausreichenden Unterlagen vorgelegt haben, um sicherzustellen, dass der Wirkstoff keine hormonell wirksame Eigenschaften hat. Deshalb dürfen die Hersteller noch bis zum 1. August 2016 Informationen nachreichen. Ein wesentlicher Teil der Risikobewertung scheint damit nicht abgeschlossen. Dies ist umso gravierender, als ein Wirkstoff nach EU-Recht nicht genehmigungsfähig ist, wenn er als „endokriner Disruptor“ eingestuft wird. Die Glyphosat-Genehmigung läuft Ende Juni 2016 aus, bis dahin soll die Wiedezulassung erfolgen.

Wenn aber die Hersteller Datenlücken erst nach erteilter Genehmigung schließen müssen, dann verlangt die EU-Kommission von den Mitgliedstaaten, die Katze im Sack zu kaufen.

- **Die Kollateralschäden, die Glyphosat in der Umwelt hinterlässt, sind unstrittig!** Es tötet als Totalherbizid alle Pflanzenarten – und ist damit einer der großen Treiber des Biodiversitätsverlustes in der Agrarlandschaft. Glyphosat zerstört großflächig Lebensräume, so dass Insekten wie Wildbienen und Vögel wie die Feldlerche keine Nahrung mehr finden und aussterben.
- **Die hohe Glyphosat-Belastung beim Menschen ist nachgewiesen!** Aber woher die hohe Belastung der deutschen Bevölkerung mit Glyphosat kommt, ist nicht geklärt. Verschiedene Studien – vom BUND, vom UBA und der Bürgerinitiative Landwende – zu Glyphosat im Urin zeigen, dass ein Großteil der Menschen dauerhaft Glyphosat ausgesetzt ist. Studien über die Wirkungen einer Langzeitbelastung der Menschen mit Glyphosat in geringen Dosierungen gibt es nicht. Wie Glyphosat immer wieder in den Körper gelangt, ist unklar, über die Belastungspfade ist nichts bekannt.
- **Die chemische Unkrautbekämpfung mit Glyphosat ist durch Pflügen und Grubbern ersetzbar!** Glyphosat ist in der Landwirtschaft vollständig zu ersetzen und das in vielen Bereichen kostenneutral, wie die Studie des Julius-Kühn-Instituts „Folgenabschätzung für die Landwirtschaft zum teilweisen oder vollständigen Verzicht auf die Anwendung von glyphosathaltigen Herbiziden in Deutschland“ vom November 2015 zeigt. Die Alternativen zur chemischen Unkrautbekämpfung sind Pflügen und Grubbern; nur in einem Fall – der Sikkation in Raps – wird überhaupt ein anderes Pestizid in Erwägung gezogen. (http://www.jki.bund.de/downloadFatPdf.php?file=2015_0396.pdf)

Wir erwarten von Ihnen als Landwirtschaftsminister ein klares Bekenntnis zum Vorsorgeprinzip und zum Schutz von Mensch und Natur. Bitte bedenken Sie, dass nach dem „Verbrauchermonitor Spezial“ zu Pestiziden und Glyphosat, welche das BfR Anfang März 2016 veröffentlicht hat, 65 Prozent aller Befragten angaben, ein Lebensmittel nicht zu kaufen, sobald sie wüssten, dass es pestizidbelastet sei. Bitte fordern Sie Bundesagrarminister Schmidt auf, in Brüssel gegen die Glyphosat-Wiedezulassung zu stimmen. Glyphosat ist Gift für Mensch, Umwelt und Natur und darf nicht für weitere 15 Jahre zugelassen werden! Die Natur Ihrer Heimat und die BürgerInnen Ihres Bundeslandes werden es Ihnen danken!

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Claudia Bielfeldt
BUND-Landesvorsitzende